Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 421. Halle, Freitag, den 9. September 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Die Mördersuche.

Von einem Kriminalisten.

-er. Am 26. August wurde der Abgeordnete Erzberger ermordet. Fast zwei Wochen sind vergangen, und die Mörder sind nicht gefaßt. Hat das etwa politische Gründe? Wohl manchem ist dieser Verdacht aufgestiegen. Aber der Verdacht kann sich höchstens darauf richten, daß gewisse Kreise, in denen die Mörder bekannt sind, keine Anzeige erstatten. Der Wille der Behörden, insbesondere der Kriminalpolizei, das verdammungswürdige Verbrechen, durch welches Deutschland in neues Unglück gestürzt wurde, aufzuhellen und der gerechten Sühne zuzuführen, ist wohl über allen Zweifel erhaben. Bedenken können nur darüber bestehen, ob nicht in der Art der Verfolgung Fehler und Versäumnisse begangen worden sind. Hier sind allerdings einige Feststellungen zu machen. Der Abgeordnete Erzberger und sein Parteifreund Diez haben den verhängnisvollen Spaziergang am Freitag, den 26. August vormittags zwischen 10 und 11 Uhr von Bad Griesbach nach dem Kniebis unternommen. Um diese Stunde geschah der Mord. Aber erst nach 4 Uhr nachmittags wurde die Tat im badischen Lande und im ganzen Reiche bekannt. Der verwundete Diez hatte sich nach Griesbach geschleppt und dorthin die Kunde und die Beschreibung der Täter gebracht. Wer hat dann weitere Meldungen gemacht? Wurde sofort an das Amtsgericht Oberkirch telefoniert? Wurde die Staatsanwaltschaft bei dem vorgesetzten Landgericht der Stadt Offenburg alarmiert? Dies wäre der in solchen Fällen vorgeschriebene Weg gewesen. Daß er nicht allsogleich beschritten wurde, läßt sich nur aus dem allgemeinen Entsetzen erklären, das alle Willenskraft und Geisteskraft lähmte. Tatsache ist, daß auch der Generalstaatsanwalt in Karlsruhe verspätet von dem Ereignis verständigt wurde. Er traf erst am 27. August morgens, also vierundzwanzig Stunden nach der Tat mit seinen Kriminalbeamten und einem Spürhund ein. Unterdessen war mancherlei an der Leiche Erzbergers geschehen, was die Spuren verwischte. Ein Waldhüter hatte den Ermordeten gefunden, hatte ihn umgedreht und in gut gemeinter Absicht auf Moos gebettet. Außerdem regnete es in der Nacht. Der Karlsruher Polizeihund wurde irr und fand die Spur nicht. Es haben also anscheinend Zuständigkeitsschwierigkeiten geherrscht. Dazu kamen die ländlichen Entfernungen und gewissen Schwerfälligkeiten. Bedauerlich ist auch, daß die Berliner Kriminalpolizei viel zu spät in Tätigkeit gesetzt wurde. Erst am 27. August abends konnte eine Kommission, bestehend aus Regierungsrat Hagemann, zwei bewährten Kriminalkommissaren und dreißig Beamten nach Griesbach abfahren. Sie trafen am Sonntag mittag ein. Also zwei Tage nach der Tat. Es war ein großer Fehler, daß diese Kommission nicht in der ersten Nacht nach der Tat gereist ist. Warum wurde sie nicht sofort gerufen? War man in Baden der Ansicht, daß der Mord an Erzberger die Berliner Polizei nichts anginge? Die Berliner Kriminalbeamten haben gerade in Mordsachen und in politischen Fällen eine Erfahrung, die den Behörden im Reiche erklärlicherweise nicht zur Verfügung steht. Die übliche Rivalität gegen die „Preußen" oder gar politische Abneigung gegen alles, was aus Berlin kommt, dürfte doch nicht dahin führen, daß der Wert der Berliner Zentralisation in Kriminalangelegenheiten mißachtet wird. Erst mit dem Erscheinen der Berliner Kommission begann die systematische Verfolgung, an der nicht nur die entsandten Beamten, sondern auch, wie dem Publikum wahrscheinlich weniger bewußt wird, die Büros der Berliner Zentralbehörde fieberhaft arbeiten. Nur von Berlin aus können die Grenzstellen gewarnt werden. Sollte es den Tätern gelungen sein, eine der nahen Reichsgrenzen zu überschreiten, so trägt die verspätete Benachrichtigung der Berliner Zentrale die Schuld. Nebenbei gesagt, hätten die ersten Beamten des Berliner Zentralbüros schon am Nachmittag des Mordtages in Griesbach sein können, wenn uns die Entente nicht die Polizeifliegerstaffel verboten hätte. Vorausgesetzt allerdings wieder, daß die Alarmierung von Baden aus nicht verspätet erfolgt wäre. Was unter den erschwerten Umständen möglich war, ist geschehen. Der frühere Attentäter an Erzberger, Fähnrich v. Hirschfeld wurde aufgestöbert, weil er nur 50 Km. von Griesbach entfernt weilte und seinen Gefängnisurlaub unter verdächtigen Umständen überschritten hatte. Die Handschrift der Mörder im Fremdenbuch in Oppenau ist aller Welt bekannt gegeben und hat ja auch bereits zu neuen Spuren geführt. Die Hoffnung, daß die Mörder doch noch gefaßt werden, besteht; sie sollte nicht durch unberechtigtes Mißtrauen gegenüber den Fähigkeiten oder dem guten Willen der Behörden getrübt werden.

Europa und die „Münchener Gefahr."

In einer Betrachtung über die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern führt der „Temps" u. a. aus, daß es den Deutschen und nur den Deutschen allein zukomme, zu wissen, was sie zu tun haben. Selbst wenn wir ihnen Ratschläge geben sollten, und sei es in den besten Absichten der Welt, würden wir Gefahr laufen, den Ideen, denen wir dienen wollen, zu schaden. Aber bei Wahrung aller Zurückhaltung müssen wir doch nicht weniger aufmerksam bleiben. Es sei nicht gleichgültig, zu wissen, ob 60 Millionen Nachbarn nach rechts oder links gehen.

Der „Temps" zitiert dann einige Stellen aus der Rede, die der Landrat Rogger auf dem deutschnationalen Parteitag über Schlesien gehalten habe und knüpft daran folgende Schlußfolgerung: „Wenn die bayerische Regierung über die Reichsregierung siege und wenn der Belagerungszustand aufrechterhalten werden solle, liege es ganz im Interesse des europäischen Friedens, Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Münchener Gefahr zu treffen.

Die Verhandlungen mit Bayern.

Noch immer keine endgültige Klärung.

Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Im Anschluß an die Kabinettsitzung fand abermals eine Konferenz zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Vertretern der bayerischen Regierung statt, die sich mit der Schlußredaktion der getroffenen Vereinbarungen beschäftigte. Der Sachverständigenausschuß hatte während der Mittagszeit getagt, um die Formulierung der Vorschläge für die bayerische Regierung zu vollenden, damit die bayrischen Vertreter noch heute Abend nach München reisen können. Die bayerischen Vertreter dürften den 6 Uhr abends abgehenden Zug benutzen, um schon morgen vormittag der bayerischen Regierung Bericht erstatten zu können. Um 1/2 9 Uhr abends wird Reichskanzler Dr. Wirth neuerlich die Vertreter der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen empfangen, um mit ihnen eingehend über die Verhandlungen mit Bayern zu sprechen. Bekanntlich mußte die gestrige Konferenz zwischen dem Reichskanzler und den sozialistischen Parteiführern auf heute vertagt werden, da sich Dr. Wirth außerstande erklärte, vor Abschluß der Verhandlungen mit den bayrischen Vertretern den sozialistischen Führern auf ihre Fragen Antwort zu geben. Wie uns ferner mitgeteilt wird, ist in der heutigen Konferenz der Koalitionsführer mit dem Reichskanzler auch die Frage der Erhöhung der Bezüge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erörtert worden. Die Koalitionsführer fordern eine Erhöhung dieser Bezüge. Die Regierung sagte eine wohlwollende Prüfung dieser Frage zu.

Zu den Berliner Verhandlungen erfahren wir noch von anderer Seite, von einem endgültigen Abschluß der Besprechungen mit den bayrischen Vertretern sei um die Mittagsstunde noch nicht die Rede gewesen.

Es wurden in den Verhandlungen gewisse gegensätzliche Auffassungen festgestellt, die es wünschenswert erscheinen lassen, daß die Fraktionsführer nochmals gehört wurden und das Reichskabinett über bestimmte Wünsche der Bayern erneut Beschluß faßt. Jedenfalls aber ist in den bisherigen Besprechungen die Lage so weit geklärt worden, daß die Erfüllung des Wunsches der bayrischen Vertreter, die allerdings an einen ganz bestimmten Auftrag gebunden sind, den Konflikt aus der Welt zu schaffen, als sicher gelten darf. Was die Frage des Belagerungszustandes in Bayern anbelangt, so glaubt man in Bayern, daß eine Aufhebung im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich ist, daß sich aber wohl im Einverständnis mit der Reichsregierung gewisse Milderungen und Richtlinien für seine Handhabung festlegen lassen. Man glaubt in politischen Kreisen, daß es gelingen wird, einen allseitig befriedigenden Abschluß zu erzielen.

Ein vernünftiger Rat der Täglichen Rundschau.

Die bekanntlich stark rechts orientierte Tägliche Rundschau schreibt zu den Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern bezüglich der Forderungen nach Aufhebung des Belagerungszustandes in ihrer heutigen Morgenausgabe u. a. wie folgt: Wir vermögen nicht einzusehen, warum Bayern diesem Verlangen, vielleicht mit einigen den besonderen Verhältnissen Bayerns Rechnung tragenden Einschränkungen nicht nachkommen kann. Nachdem die Reichsregierung selbst ein Ausnahmegesetz geschaffen hat, kann ja auch die Bayerische Regierung mit ihm arbeiten. Es wurde hüben wie drüben gesündigt. Es ist an der Zeit, daß man sich endlich wieder an die Reichsinteressen und an die Lebensnotwendigkeit der Reichseinheit erinnert.

Um das Wiesbadener Abkommen.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es wäre verfehlt von Doumers Besuch in London eine Abänderung des Pariser Abkommens zu erwarten. Die durch das Pariser Uebereinkommen gelösten Hauptfragen könnten nicht erörtert werden, da dies eine zerstörende und verhängnisvolle Wirkung auf die gemeinsame Politik gegen Deutschland haben könnte.

Die Morningpost schreibt zu der Behauptung einiger französischer Blätter, daß der wahre Grund für das Wiesbadener Abkommen die Furcht Frankreichs vor dem deutschen Bankerott sei. Diese Ansicht stimmt mit den von den verschiedenen französischen Regierungen vorgebrachten Meinungen über die Fähigkeiten Deutschlands, die Reparationen zu zahlen, nicht überein. Die Frage eines möglichen deutschen Bankerotts, die in England immer sehr ernst genommen werde, hänge zu großen Teil von der Politik der Alliierten und von vielen Fragen ab, die nicht reine Finanzfragen seien. In der City befürchte man, daß das Wiesbadener Abkommen „Deutschlands finanziellen Rücken" brechen könnte. Ein solches System von Zahlungen an eine der alliierten Mächte könne nicht nur zum Schaden der anderen Gläubiger Deutschlands sein, solange Deutschland solvent bleibe, sondern in der Tat die Insolvenz herbeiführe.

Der Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt: Wenn Deutschland zum Bankerott verurteilt sei, könne es nicht alle Alliierten und alle Forderungen der anderen Länder beahlen. Wenn das jetzt vollkommen sicher sei, dann müsse man Frankreich in Freundschaft gestatten, aus dem Wrack seiner Reparationshoffnungen zu retten, was zu retten sei.

Um die oberschlesische Entscheidung.

Dem Genfer Berichterstatter des Petit Parisien zufolge versammelten sich Dienstag nachmittag die vier Mitglieder der eingesetzten Völkerbunds-Kommission, die die oberschlesische Frage zu studieren hat. Jedes Mitglied dieser Kommission ist damit beschäftigt, einen Einzelbericht auszuarbeiten, der dann mit den anderen Einzelberichten zu einem einzigen Bericht verarbeitet werden soll. Dieser Gesamtbericht wird dann dem Völkerbunde unterbreitet werden. Er wird jedoch keine Lösung der oberschlesischen Frage vorschlagen, sondern nur ein neues Studium des gesamten Problems bedeuten.

Zwischen Balfour und Bourgeois finden zahlreiche Besprechungen in der oberschlesischen Sache statt. Man erklärt in offiziellen Kreisen, daß der italienische Vertreter Scialoja energisch den von Bonomi in Paris vertretenen Standpunkt verteidigen werde und mehr der englischen Anschauung geneigt sei.

Der Vertreter des Petit Parisien hatte eine Unterredung mit dem brasilianischen Vertreter Da Cunha, der ihm erklärte, daß die vier Berichterstatter immer noch die Aktensammlung über Oberschlesien studieren. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen und die Sachverständigen seien noch nicht einberufen worden. Denn die vier Berichterstatter wollen sich von niemanden beeinflussen lassen und wünschen nur, daß Recht und Gerechtigkeit in dieser Angelegenheit triumphieren möchten.

Die Beruhigung in Oberschlesien.

In der heutigen Pressekonferenz sprach Dr. Lukacek über Oberschlesien. Ein Putsch sei kaum zu erwarten, er würde auch von England nicht zugelassen werden. Die Meldungen aus Ratibor, die aus privater Quelle zu stammen scheinen, sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. In Rybnik und Umgegend ist ein entschiedener Umschwung der Meinung nach der deutschen Seite hin festzustellen. Die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien ist sehr schlimm. Die Presse sollte versuchen, zu erreichen, daß der Völkerbundsrat die Lage an Ort und Stelle studieren möge. Zunächst wird die Rückführung der beiderseitigen Flüchtlinge in die Wege geleitet. Es handelt sich um 25 bis 30 000 deutsche Flüchtlinge und 2000 polnische Flüchtlinge. Langsam und einzeln werden so unsere Leute in diejenigen Orte zurückgeleitet, wo die Beruhigung genügend weit vorgeschritten ist. Eine zweite Abstimmung ist unwahrscheinlich, auch die Entente wünscht sie kaum.

Robert Cecil über Oberschlesien.

Lord Robert Cecil gab in der heutigen Völkerbundsversammlung in Genf bei Besprechung des Berichts des Völkerbundsrats folgende Erklärung zur oberschlesischen Frage ab: Ich will nichts in der Sache selbst sagen, aber die Hoffnung aussprechen, daß der Völkerbundsrat nicht nur eine völlig gerechte Lösung finden wird, was selbstverständlich ist, sondern eine Lösung, die aller Welt gerecht erscheint. Denn es genügt nicht, daß eine Lösung gerecht ist, sie muß auch als gerecht empfunden werden.

Mit höflichen aber teilweise sehr energischen Worten betonte Cecil, die Verzögerung, die bisher die befriedigende Regelung der Mandatsfrage erfahren habe, sei nicht die Schuld des Völkerbundsrates, sondern der amerikanischen Regierung. Er erinnerte an den amerikanischen Protest gegen die Lösung, in welcher Amerika nicht befriedigt wurde, an die Antwort des Rates, an das Ausbleiben der amerikanischen Note an den Rat, an den neuen Schritt des Rates, der bisher ohne Antwort geblieben sei. Allerdings habe man aus der Presse von dem Eintreffen amerikanischer Forderungen und Wünsche erfahren. Er hoffe, daß nicht nur der Rat, sondern die Versammlung von dem betreffenden Schreiben Kenntnis erhalte. Cecil erklärte zum Schlusse seiner Ausführungen ausdrücklich, daß er nicht Amerika kritisiert, aber die Verzögerung, die die Mandatsfrage erleide, schade nicht nur dem Rat, sondern auch den Arbeiten des Völkerbundes. Die Welt könne nicht länger mehr die jetzigen Rüstungsausgaben tragen. Mit großer Lebhaftigkeit fragte Cecil, warum man nicht abrüste. Die Antwort gab er dahin: Weil der eine Staat vor dem andern Angst habe. Der Völkerbund müsse daher mutig auf dem Wege der Abrüstung fortschreiten. Nur dann könne er alle seine Feinde durch sein vollendetes Werk überzeugen. Die Versammlung stimmte mit starkem Beifall zu. Nach einer fast unverständlichen Rede des Führers der persischen Delegation wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Die „Ostwacht" verboten.

Der Reichsminister des Innern hat die Halbmonatsschrift für den deutschen Osten „Die Ostwacht" für die Zeit vom 8. bis einschl. 21. September verboten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210909018/fragment/page=0001

Gefährliche Spannung zwischen Polen und Rußland.

Eine Presseerklärung der Sowjetgesandtschaft gibt zu, daß die Spannung zwischen Polen und Rußland sehr bedenklich geworden ist. Schuld hätten die weißgardistischen Formationen Polens, die an der russischen Grenze massiert werden. Man müsse hoffen, daß eine Unterredung zwischen dem Sowjetvertreter und dem polnischen Außenminister einen Ausweg aus der mehr als heiklen Lage schaffen werde.

Die englisch-irische Krisis.

Gestern früh trat das englische Kabinett zu einer wichtigen Sitzung zusammen, um die irische Antwort zu besprechen. Tausende von Zuschauern drängten sich auf den Straßen und jubelten Lloyd George zu, der mit dem König in Moy Hall gefrühstückt und eine zweistündige Unterredung gehabt hatte. Wie verlautet, hat Lloyd George betont, daß es notwendig sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Besprechung erstreckte sich namentlich auf die Frage, ob es geboten erscheine, den Sinnfeinern für die Annahme oder Ablehnung des Regierungsangebotes eine Zeitgrenze zu setzen. Die Antwort der Regierung wurde einstimmig gebilligt und dem Kurier der Sinnfeiner übergeben, der gleich darauf nach Dublin abreiste. Der Text wird heute veröffentlicht werden.

Die Abrüstungskonferenz.

Die Times meldet: Trotz gegenteiliger Erwartungen werden in London Vorbereitungen für die Washingtoner Konferenz stattfinden. Durch informelle Beratungen soll ein Programm in einer alle in Betracht kommenden Mächte befriedigenden Weise festgesetzt werden. Die Erörterungen werden beginnen, sobald die Vertreter der interessierten Länder nach London zurückkehren.

Räumung der Heilanstalt in Homburg.

Zu der in diesen Tagen durch die rheinische Presse gegangenen Nachricht, daß die Heil- und Pflegeanstalt in Homburg in der Pfalz auf höheren Befehl geräumt werden müsse, teilt jetzt die Regierungskommission des Saargebiets mit, daß die Räumung der Anstalt auf Grund von Verhandlungen der Regierungskommission mit der Regierung der Pfalz erfolgt sei. Der Kreis Pfalz habe sich bereit erklärt, der Regierungskommission die Anstaltsnutznießung für die Dauer der Verwaltung des Saargebietes durch die Völkerbundskommission zu übergeben. Leider ist aus dieser Mitteilung nicht zu entnehmen, welchen Zwecken die Anstalt jetzt zugeführt werden soll. In einigen Blättern war berichtet worden, daß die Gebäude der Anstalt künftighin militärischen Zwecken dienen sollen. Dazu hat die Regierungskommission leider in ihrer Aufklärung nicht Stellung genommen.

Zur Frankenpolitik der Saarregierung.

Wie gemeldet, versucht die Regierungskommission des Saargebiets die Kommunalverwaltungen zu zwingen, in ihren Betrieben die Frankenzahlung einzuführen. Sie macht die Genehmigung der von den Kommunalbeamten geforderten Gehaltserhöhungen von der Einführung der Frankenzahlung in den Kommunalverwaltungen abhängig. Während die gesamte Presse des Saargebietes diesen neuen Frankendruck der Regierungskommission energisch ablehnt, stimmt der Politik der Regierungskommission nur der neue Saarkurier, das französische Propagandablatt des Saargebietes, zu. Das frankophile Blatt stellt dabei die Behauptung auf, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinden des Saargebiets haben, abgesehen von verschwindend geringen zur Erreichung des Existenzminimums die Zahlung der Gehälter und Löhne in Frankenwährung gefordert hätten. Das genannte Blatt stellt dabei die Tatsachen bewußt auf den Kopf. Alle Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeiter des Saargebiets haben, abgesehen von verschwindend geringen Ausnahmen bei sämtlichen Verhandlungen und in öffentlichen Versammlungen entschieden betont, daß sie die Frankenbesoldung ablehnen und eine höhere Bezahlung in Mark fordern. Bei der Behandlung der Gehaltsforderungen der Kommunalbeamten usw. wendet die Saarregierung übrigens die gleichen Mittel an, die sie in anderen Fällen bereits angewandt hat, nämlich die Ablehnung der Gehaltsforderungen der Beamten und Arbeiter in Mark und Anerkennung dieser Forderungen, wenn sie in Frankenwährung verlangt wird.

Der Uniformknopf gefährdet die französische Sicherheit.

Vor dem französischen Appellgericht in Landau in der Pfalz hatte sich der Eisenbahnbeamte Zimmermann zu verantworten, da sich an einem alten Militärrock, den er auf der Straße getragen hatte, noch zwei deutsche Uniformknöpfe befunden hatten. Das Polizeigericht Kaiserslautern hatte ihn wegen dieser schweren Straftat zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Appellgericht erkannte auf 30000 Mark Geldstrafe evtl. 5 Monate Gefängnis. Worin eigentlich die besondere Straftat Zimmermanns bestehen soll, ist nicht recht erklärlich, es sei denn, daß die beiden Uniformknöpfe eine Gefährdung der Sicherheit der französischen Besatzungstruppen darstelle.

Neue Ausschreitungen schwarzer und weißer Franzosen.

Am 21. August wurde die 17jährige Tochter des Rentmeisters von Welschbillig bei Trier von zwei farbigen Franzosen überfallen und in einen Straßengraben geworfen. Während des Versuches das Mädchen zu vergewaltigen, erschien auf die Hilferufe zweier Freundinnen der Ueberfallenen ein Mann, worauf die „Kulturträger" verschwanden.

In der Nacht vom 21. August, ferner am 25. August und in der Nacht zum 28. August wurde in Trier eine große Anzahl friedlicher Straßenpassanten von französischen Offizieren angehalten und durch Faustschläge und Hiebe mit der Reitpeitsche mißhandelt.

Am 1. September drangen zwei französische Soldaten vom 34. Kolonialregiment und ein Jäger vom 11. Alpenjägerregiment in die Wohnung einer deutschen Familie in Trier ein, bedrohten die Anwesenden mit Revolver und Pistolen und verletzten einen jungen Deutschen leicht durch einen Bajonettstich in den Unterleib.

Die preußische Regierungsumbildung.

Auf Einladung des Präsidenten des preußischen Landtages fand gestern nachmittag, zwischen den Führern der Koalitionsparteien: Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten eine Besprechung statt. Gegenstand der Verhandlungen war eine Aussprache über eine zwalge Neubildung der preußischen Regierung. Nach zweieinhalbstündiger Beratung war festzustellen, daß einstweilen nichts erreicht werden konnte. Die Besprechungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

Amnestie für Kriegsgefangene.

Der in Genf tagende Kongreß für Völkerrecht hat eine Entschließung angenommen, in der die Regierungen, Parlamente und der Völkerbund zu Gunsten einer allgemeinen Amnestie für die Kriegsgefangenen angerufen werden, die wegen Fluchtversuche, Gehorsamsverweigerung usw. sich in feindlichen und kolonialen Gefängnissen befinden. Nach der Amnestie sollen die Kriegsgefangenen sofort in die Heimat abbefördert werden. Des weiteren nahm der Kongreß eine Entschließung für die Unabhängigkeit Montenegros und seine Aufnahme in den Völkerbund an. Eine Botschaft Gabriele d'Annunzios für die unterdrückten Völker wurde vom Kommandanten Paolo Pogliaghi verlesen.

Trotzki über die Hungerhilfe der Weststaaten.

In der letzten Sitzung des Moskauer Sowjets gab Trotzki, der mit stürmischem Applaus begrüßt wurde, einen interessanten Bericht über die Beziehungen Rußlands zu der kapitalistischen Welt. Die Vollversammlung nahm hierauf eine Resolution an, die u. a. folgende Punkte enthält: Der Moskauer Sowjet stellt fest, daß die ernstliche und wirksame Unterstützung der von der Hungersnot Betroffenen vollständig auf den Schultern der arbeitenden Massen des Westens und der ganzen Welt überhaupt ruht. Der Beistand der bürgerlichen Klassen jener Länder, die ihre internationale Lage verhindert, die Unterjochung des russischen Volkes ins Auge zu fassen, erschöpft sich in Unterredungen und Kommissionen. Der Moskauer Sowjet nimmt mit Befriedigung den Abschluß eines Abkommens mit Hoover und dem deutschen Roten Kreuze zur Kenntnis. Der Sowjet konstatiert, daß die emigrierte russische Aristokratie und Bourgeoisie, unterstützt von den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, sich bemühen, der Hilfsaktion für die hungernden Bauern und Arbeiter Hindernisse zu bereiten, indem sie unter der Maske eines humanitären Apparates im Innern Rußlands gegenrevolutionäre Verschwörungen ernennen. Der Moskauer Sowjet ist davon überzeugt, daß starke und einflußreiche Gruppen der internationalen Bourgeoisie unter dem Vorwande der Hilfeleistung die sehr realen Pläne der Gegenrevolutionäre fördern. In gewissen gegenrevolutionären und imperialistischen Kreisen lebt sogar abermals der Gedanke einer bewaffneten Intervention auf. Banden von gegenrevolutionären Abenteurern sammeln sich in den Randstaaten. Der Sowjet billigt die Maßregeln, durch welche die Regierung den ausländischen Hilfsgesellschaften eine weite Autonomie im Hilfswerk gewährleistet und drückt ihre tiefe Dankbarkeit für jede aufrichtige Hilfe aus, die von dem Gefühl der Menschlichkeit und dem Bewußtsein der menschlichen Solidarität diktiert werden.

Deutsches Reich.

Staatssekretär Bergmann zurückgetreten. Zum 1. Sep. 1921 ist dem Vorsitzenden der Deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Carl Bergmann, die von ihm nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden. Der Herr Reichspräsident hat ihm in einem besonderen Handschreiben für die hervorragenden Verdienste, die er sich in seiner Stellung als Vorsitzender der Deutschen Kriegslastenkommission um das Vaterland erworben hat, gedankt und hervorgehoben, daß es seinen aufopfernden Bemühungen in erster Linie zu verdanken sei, wenn bei den schwierigen Verhandlungen mit unseren Vertragsgegnern die Interessen des Reiches nach bester Möglichkeit wahrgenommen worden seien.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der einen Mitgliederbestand von 160 000 umfaßt, hielt am 7. September unter zahlreicher Beteiligung auswärtiger Delegierter die erste Sitzung seines 11. Verbandstages ab. Der Vorsitzende, Postassistent Laux, erstattete den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr und gab hierbei ein Bild über die innere Entwickelung des Reichsverbandes, sowie über seine Tätigkeit in den zahlreichen Personalfragen. Das innere Wachstum des Verbandes hat im Verlauf der letzten zwei Jahre starke Fortschritte gemacht, in demselben Maße haben sich aber auch die Aufgaben kompliziert. Die gespannten wirtschaftlichen Verhältnisse wirken sich insbesondere in dem Wirtschaftszustand der Beamten aus und um der bedrängten Beamtenschaft eine Entlastung zu verschaffen, mußte die Verbandsleitung in erster Hinsicht darauf hinwirken, daß die Regierung rechtzeitig und in ausreichender Weise Hilfsmaßnahmen ergriff. Das ist in dem vom Reichsverband für notwendig gehaltenen Umfange leider nicht geschehen, denn die jetzt bewilligte Erhöhung des Teuerungszuschusses entspricht weder dem wirklichen Bedürfnis, noch ist die Regierung der vom Reichsverband vertretenen Forderung eines gleichen Teuerungszuschusses für alle Beamten entgegengekommen. Damit ist eine weitere Spannung des Beamteneinkommens zwischen oberen und unteren Beamtenschichten zuungunsten der letzteren eingetreten. Diese Regelung rief den schärfsten Protest des Verbandstages hervor.

Streik in der Filmindustrie. Wie die B. Z. am. Mittag meldet, ist der Streik in der Filmindustrie, der bereits vorgestern drohte, gestern in Berlin Tatsache geworden. Die großen Ateliere sind geschlossen und nur in einige kleineren wird noch gearbeitet. Es ist noch nicht sicher, ob sich die Angestellten in den Kinotheatern anschließen werden.

Eine neue Zeitung in Oberschlesien. Seit vorgestern erscheint in Gleiwitz als Parteiorgan der Deutschnationalen Volkspartei in Oberschlesien der „Ostdeutsche Herold".

Auslands-Rundschau.

Der französisch-finnische Handelsvertrag. Der zwischen Frankreich und Finnland abgeschlossene Handelsvertrag ist der erste, der von der finnischen Regierung unterzeichnet wurde. Die beiden vertragschließenden Staaten sichern sich gegenseitig die Meistbegünstigung zu. Aeußerst günstige Spezialtarife wurden für verschiedene Kategorien französischer und finnischer Waren, sowie für gewisse überseeische Produkte, wie Kaffee, Tee, Seide, Kautschuk festgelegt, immerhin unter der Bedingung, daß sie von französischen Kaufleuten nach Finnland importiert werden. Dagegen wurden Luxuswaren, gewisse Musikinstrumente usw. mit sehr hohen Zöllen belegt. Die finnische Regierung verpflichtet sich, einzig aus Frankreich alle Spezialweine und alkoholhaltigen Produkte, deren Konsum in Finnland nicht verboten ist, d. h. soweit sie medizinischen, wissenschaftlichen oder industriellen Bedürfnissen dienen, einzuführen.

Bei der Eröffnung der Tagung der amerikanischen chemischen Gesellschaft in New York, an der zahlreiche hervorragende Engländer teilnahmen, wurde eine Entschließung angenommen, die im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz auf ernsthafte Erwägung der Frage der chemischen Abrüstung dringt.

In der Eröffnungssitzung der Jahreszusammenkunft der British-Association, die von über 2000 Gelehrten besucht war, richtete der Vorsitzende Sir Edward Thorpes einen scharfen Protest gegen die drohende Fortsetzung des Gebrauchs giftiger Gase in der Kriegführung, der eine Herabwürdigung der Wissenschaft und eine Verneinung der Zivilisation bedeute. Der Vorsitzende forderte die versammelten Gelehrten auf, ihren Einfluß zur Beseitigung dieses Mißbrauchs geltend zu machen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 9. September 1921.

Im Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags

wurde die Vernehmung der Generalzeugen über die Unruhen in Mitteldeutschland fortgesetzt. Regierungspräsident von Gersdorff-Merseburg ist der festen Ueberzeugung, daß schon vor dem Kapp-Putsch eine organisierte rote Armee bestanden habe. Schon 48 Stunden nach dem Ausbruch des Kapp-Putsches seien militärisch stark organisierte Kompagnien durch Merseburg marschiert. Die Entwaffnung sei leider nicht in dem notwendigen Maße durchgeführt worden. Schließlich seien die Waffen auf der rechten Seite fast ganz, auf der linken fast gar nicht erfaßt gewesen. Auf eine Frage über das Vorhandensein einer roten Armee im Aufruhrgebiet erklärte der Zeuge, speziell in Leuna seien 16 Kompagnien vollständig militärisch ausgerüstet gewesen mit Infanterie und Artillerieabteilung, Funkern und Panzerzügen. Dem Zeugen sind die Nachrichten über das Bestehen einer roten Armee nur von privater Seite zugegangen. Die Waffen der Einwohnerwehren seien fast restlos nach dem Kapp-Putsch in die Hände der Kommunisten gefallen. Bei der vorherigen Waffenabgabe seien überhaupt keine großen Mengen Waffen erfaßt worden. Ferner sagte der Zeuge, im Merseburger Bezirk habe die Gefahr eines Rechtsputsches überhaupt nicht bestanden, denn die linksradikalen Elemente seien dort sehr stark vertreten. Orgesch und sonstige Organisationen seien restlos aufgelöst. Auf Vorhalten des Vorsitzenden gibt der Zeuge an, daß er weder als Beamter noch als Privatmann Nachrichten über das Bestehen von Organisationen bekommen habe, die einen Rechtsputsch vorbereiteten. Die Vernehmung wandte sich darauf der Beteiligung kommunistischer Parteien an der Entstehung und Leitung des Aufstandes zu. Hierzu bekundete von Gersdorff u. a., ohne Zutun dieser Parteien wäre der Aufstand bestimmt nicht gekommen. Die Frage, ob er vor den Folgen der Hörsingschen Aktion gewarnt habe, verneinte der Zeuge. Er habe im Gegenteil von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß das Einrücken von Schutzpolizei in Eisleben und Umgebung zur Beruhigung und Verhinderung von Verbrechen absolut notwendig sei. Sodann wurden die Mängel der Behördenorganisationen besprochen. Zur Frage der Bewährung der Landräte, Amtsvorsteher usw. erklärte der Zeuge, in einzelnen Kreisen sei die Besetzung dieser Stellen rein parteipolitisch aufgezogen worden, sobald die Linksradikalen die Mehrheit hatten. Besonders im Saalekreise und im Mansfelder Bezirk seien nach dem Halleschen Parteitag nur Kommunisten, andererseits unabhängige Amtsvorsteher in Vorschlag gebracht worden. — Darauf trat eine Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wandte sich der Ausschuß dem Falle Kasparek zu. Nach der Darstellung des Vorsitzenden Kuttner ist die Regierung mehrfach vor ihm gewarnt worden. Er neige zur kommunistischen Partei hin, habe auf die Räterepublik hingewiesen und Gewalt gepredigt. Sein Verfagen während des Aufstandes wird hauptsächlich darin gesehen, daß er dem Kommunisten Franzke den Schutz der Stadt Sangerhausen gegenüber dem bevorstehenden Einmarsch der Aufständischen übertragen hat. Zeuge Regierungspräsident v. Gersdorff betonte, Kasparek habe keinen Zweifel daran gelassen, daß er gewaltsamen Umsturz der Regierung anstrebte. Nach der Ansicht der Mehrheit der wahlberechtigten Kreisinsassen sei Kasparek nicht die geeignete Persönlichkeit gewesen. Es sei die Pflicht des Landrates gewesen, von der kommunistischen Tätigkeit Franzkes Meldung zu machen; das sei aber nicht geschehen. Die optimistische Beurteilung des Oberpräsidenten Hörsing hinsichtlich der Vorgänge im Aufruhrgebiet teilt der Zeuge nicht. 500 Mann Besatzung für Eisleben und Hettstedt zusammen sei zu wenig gewesen. Die Hinzuziehung der Reichswehr sei zu ehihm unerwünscht erschienen. Die Berliner und die rheinische Schutzpolizei hatten sich besonders gut bewährt, weniger gut die sächsische. Bezüglich der angeblichen Uebergriffe der Polizei bekundete Zeuge Regierungsrat Kilhorn, Untersuchungen seien in allen Fällen eingeleitet worden. In den meisten Fällen hatten sich keine Anhaltspunkte für Erschießungen ergeben, auch nicht in Leuna. Die Vernehmungen werden am heutigen Freitag fortgesetzt.

Ein kaufmännischer Jugendtag verboten.

Aus beteiligten Kreisen wird uns geschrieben: Der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Gau Thüringen hatte zum 3. und 4. September die thüringische Kaufmannsjugend nach Weimar eingeladen, um auf klassischem Boden der Jugend Wege und Ziele zu weisen, sich im Beruf und Leben zu tüchtigen, brauchbaren, deutschen Männern heranzubilden, zugleich in ihr aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210909018/fragment/page=0002

das Gefühl der unbegrenzten Liebe zu Volk und Vaterland lebendig zu erhalten. Die Veranstaltungen waren außerordentlich vielseitig und umfassend vorgesehen. Neben den drei großen Vorträgen über „Volk und Kaufmannstum", „Unser Bekenntnis" und „Unser Wille" waren Führerbesprechungen, ein Festmeisterspiel, Hans-Sachsspiele, Sängerwettstreit und Kampfspiele geplant, ferner die Besichtigung der Weimarer historischen Stätten. Auf dem Theaterplatz angesichts des Schiller-Goethe-Denkmals, sollte am Sonntag morgen eine große Begrüßungsfeier verbunden mit Ehrung der Dichterfürsten stattfinden; auch sollte der in den Sedantagen 1923 erfolgten Verbandsgründung gedacht werden.

Alles war in schönster Vorbereitung, weit über 500 Jungmannen hatten sich bereits angemeldet, 1000 wurden erwartet, da erfolgte 24 Stunden vor Beginn das Verbot der Tagung durch den Herrn Minister von Brandenstein mit der Begründung, daß durch die Veranstaltung der innere Frieden des Staates gefährdet würde. Alle Gegenvorstellungen fruchteten nichts; die Darlegungen, daß es sich nur um eine Zusammenkunft der kaufmännischen Jugend handele, durch die weiter nichts als ihre berufliche, körperliche und seelische Ertüchtigung erstrebt würde, wurden unbedacht gelassen; es wurde sogar die geschlossene Abhaltung der Tagung unter Verzicht auf jedwede öffentlichen Ansprachen und Umzüge untersagt.

Angesichts dieses Verbotes hätte man zum mindesten erwarten können, daß der zu gleicher Zeit angekündigte kommunistische Jugendtag in Erfurt verboten würde. Denn offener kann wohl niemand die Beseitigung des bestehenden Staats — und Gesellschaftsordnung predigen als die Kommunisten. Nach Zeitungsberichten hat aber der kommunistische Jugendtag ohne jede Einschränkung stattgefunden. 3000 bis 4000 jugendliche Teilnehmer [illegible] unter Mitführung von zahlreichen roten Fahnen mit dem Sowjetstern, und revolutionäre Lieder singend, ihren Demonstrationszug durch Erfurt halten dürfen. Diese Messung mit zweierlei Maß muß in den Reihen der Kaufmannsjugend alles andere als Vertrauen erwecken.

Es sind sofort Schritte eingeleitet, die Aufhebung dieses willkürlichen Verbotes herbeizuführen.

Sehenswürdigkeiten auf dem Jahrmarkt. Man schreibt uns: Zwei außergewöhnliche Sehenswürdigkeiten werden zum Jahrmarkt ab Sonntag, 11. September, zu sehen sein. Es ist Juliana das Gorillamädchen, sowie Piocho, der größte Indianerriese der heutigen Zeit. Juliana bildet ein Menschenwunder halb Weib, halb Gorilla, bei deren Anblick man lebhaft an die Darwinsche Theorie erinnert wird. Trotz aller tierischen Körpermerkmale, wie z. B. die Behaarung, ist Juliana geistig vollständig entwickelt. Ihre abnorme Entwicklung bleibt das ungelöste Rätsel aller bisherigen Gäste und Besucher. Daneben wird der 2,45 Meter große Indianerriese Piocho, der aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten kommt, seine das frühere Gardemaß weit übertreffende Persönlichkeit zeigen.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Das Stadttheater ohne Chor.

Zu einer längeren Erwiderung auf unseren Aufsatz „Das Stadttheater ohne Chor" schreibt uns der Bevollmächtigter des Chors u. a.:

Der in dem Artikel Angegriffene hat zu Anfang des laufenden Jahres in seiner Eigenschaft als Chorobmann den Intendanten um Namhaftmachung der Chormitglieder, die zur neuen Spielzeit nicht wieder engagiert werden sollen. Herr Sachse hat daraufhin erklärt: „Wie kommen Sie darauf? Niemand wird entlassen. Im Gegenteil: Ich werde meinen Chor noch vergrößern." Ein Vierteljahr später aber war er anderen Sinnes und sechs Mitglieder sollten nicht mehr verpflichtet werden. Daraufhin haben sämtliche Chormitglieder die angebotenen Anträge zurückgeschickt.

Gelegentlich der vorletzten Theaterdeputationssitzung, in der Gehaltsfragen des Chores debattiert wurden, hat der Intendant den Chor mit einer Eiterbeule verglichen, die er mit einer Hand ausdrücken werde.

Familien-Nachrichten.

Geboren: Otto Cerf und Frau Käthe, geb. Friedländer, T.
Verlobte: Charlotte Werner — Walter Schmidt, Halle.
Vermählte: Paul Fabricius und Frau Julia geb. Wengenroth; Franz Kunthe und Frau Clara geb. Pfeiffer.
Gestorben: Maler Fritz Wolkens, Halle, 46 J.; Gustav Raufus, Halle, 73 J.; Privatmann Hermann Schlinemann, 64 J.; Privatier Karl Jesemann, Dölau; Martha Gottschalk, Halle, 39. J.; Georg Kühl, Halle, 42 J.

Kunst und Wissenschaft.

Die Gravitationslehre von Newton und Laplace angefochten.

Professor Barriselli in Rom hat bei der Academia da dei Lincei zur Wahrung seiner Prioritätsrechte ein versiegeltes Schriftstück hinterlegt, das einen Bericht über eine von ihm gemachte wissenschaftliche Entdeckung betreffend die allgemeine Gravitation enthält. Barrisellis Beobachtungen sollen in bemerkenswerter Weise von der Gravitationslehre von Newton und Laplace abweichen und die elektrische Natur der allgemeinen Gravitation nachweisen.

N. **Der Wettbewerb des Brockhaus-Verlages.** Aus Leipzig meldet unser Korrespondent: In der richtigen Erkenntnis, daß der Begriff Konversations-Lexikon veraltet ist und sich nicht mehr mit dem Wesen dieser volkstümlichen Encyklopädie deckt, hat der Verlag Brockhaus in Leipzig einen Wettbewerb zur Erlangung eines neuen Namens ausgeschrieben. Nach zahlreichen Zeitungsmeldungen soll der Preis angeblich dem Vorschlag „Handbuch des Wissens" zuerkannt worden sein. Wie aus einer vom Verlag Brockhaus soeben veröffentlichten kleinen Schrift „Brockhaus-Konversations-Lexikon einst und jetzt", in der dieses Preisausschreiben amüsant behandelt wird, hervorgeht, lautet der mit dem 1. Preis bedachte Titel nicht „Handbuch des Wissens" bildet nur die ergänzende Bezeichnung. Die Mehrheit der Einsender sprechen sich für die Wahl des Namens Brockhaus aus, da mit diesem alles gesagt sei. Einige Einsender machten den Vorschlag, das Wort Lexikon umzudrehen, woraus sich die treffendste Bezeichnung für dieses Nachschlagewerk ergibt, nämlich: Nokizel mit einer kleinen Veränderung: Nachtiefel.

Intendant Sioli in Aachen. Theaterdirektor Sioli, unter dessen Leitung das Halberstädter Stadttheater bekanntlich auf bedeutende künstlerische Höhe gebracht wurde, hat jetzt die Intendanz des Stadttheaters Aachen übernommen. Von der ersten Vorstellung unter seiner Leitung ist man in Aachen beglückt. Der „Aachener Anzeiger" schreibt: Eindringlich grub sich diese Vorstellung in die Gemüter, und es mochte sein, daß mancher, der die „Räuber" schon mehr als einmal gesehen hat, sie zum ersten Mal erlebte. Da wurde kein leeres Stroh gedroschen mit Reden und Blicken, die auf Beifall ausgehen; das gab keine Virtuosen im Vordergrund und Nebenspieler, die einen leeren Platz ausfüllten. Geist, Seele, Verinnerlichung waren die Schwungkräfte, die da am Werke waren und der leitende Gedanke des Spielleiters (Intendant Sioli) trat klar hervor: Menschenwürde, Freiheitssinn und jugendlicher Idealismus soll gezeigt werden im Kampfe gegen Menschenknechtung, Despotismus und Kulturverrottung, Fortschritt gegen Reaktion, Jugend gegen Alter. Die „Aachener Post" schreibt: Noch nie haben wir in Aachen eine Räubervorstellung erlebt, in der dieser innerste Wesensgehalt der Dichtung so rein und stark, so wuchtig und lebendig aus der dunklen Hülle der vielen Szenen herausgeschält war, wie in der Aufführung, die der Intendant Sioli inszeniert hatte. Was uns hier erschütterten, war Geist von unserm Geist, war Blut von unserm Blut. Seine schöpferische Gestaltungskraft hatte alle Einzelheiten des Werkes zu einem organischen Ganzen zusammengefügt, daß in seiner Größe überwältigend wirkte. Jeder Akt und jede Szene hat Glut und Farbe, Linie und Rhythmus. Die ganze Aufführung atmete den Geist eines Spielleiters, der nicht nur künstlerischer Organisator, sondern dazu noch Bildner und Schöpfer ist. Der „Aachener Volksfreund" schreibt: Daß ein Mutiger die alte Form der Ueberlieferung zerbrach, etwas Neues, etwas Notwendiges schuf, statt Aeußerlichkeit Innerlichkeit schenkte und das Wert des großen Dichters mit künstlerischer Kraft heraushob aus den rostig gewordenen Angeln einer Zeitlichkeit zur großen, ewig glühenden, ewig sprudelnden, ewig erschütternden Idee, das war die erlösende Offenbarung. Jawohl, ohne Glauben keine Jugend, aber weil man glaubte erstand uns wieder Jugend im Reiche der Kunst. Dies war unseres Intendanten Werk!

Hochschulnachrichten.

Der Privatdozent in der medizinischen Fakultät der Universität Greifswald Prof. Dr. med. Walter Löhlein ist zum ordentlichen Professor ebenda ernannt worden; ihm wurde der Lehrstuhl für Augenheilkunde (anstelle von Prof. P. Römer) übertragen. — Dem Privatdozenten für technische Chemie an der Technischen Hochschule in Aachen Dr.-Ing. Gustav Lambris ist die Dienstbezeichnung „außerordentlicher Professor" verliehen worden. — An die Montanistische Hochschule in Leoben (Steiermark) wurden berufen: der Grazer Staatsrealschulprofessor Dr. Alois Walter zum ordentlichen Professor für Mathematik und der Privatdozent an der Universität Graz, Staatsgewerbeschulprofessor Dr. Heinrich Brell zum Extraordinarius für Physik.

Das Ordinariat der Philosophie an der Erlanger Universität ist dem Rostocker Privatdozenten Prof. Dr. Moritz Schlick angeboten worden. — Der Maler Prof. Robert Breyer ist für die Studienjahre 1921/23 zum Direktor der Akademie der bildenden Künste in Stuttgart ernannt worden. — Der zweite Geistliche an St. Bernhardin in Breslau, Dr. theol. Georg Hoffmann, Honorarprofessor für Kirchengeschichte und praktische Theologie in der Breslauer evangel.-theolog. Fakultät wurde zum Probst zum Hl. Geist und Pastor prim. an Bernhardin gewählt. — Dem Vernehmen nach ist die Ernennung des bisherigen o. Professors Dr. A. E. Brinckmann in Rostock zum ordentlichen Professor an der Universität Köln erfolgt; ihm wurde der neugegründete Lehrstuhl für Kunstgeschichte übertragen. — Dr. med. E. L. O. Trömer ist zum Oberarzt der medizinischen (Nerven-)Abteilung am Allgemeinen Krankenhause St. Georg in Hamburg ernannt worden. — Der langjährige Syndikus der Münchener Technischen Hochschule Oberregierungsrat Josef Panzer ist am 2. September in Solln bei München gestorben. Er war früher im Verwaltungsdienst, zuletzt als Bezirksamtsassessor in Günzburg tätig.

Provinzial-Nachrichten.

Festnahme der Dynamitverbrecher.

Auch der Postraub in Braunlage aufgeklärt.

Braunschweig, 8. Sept. Das staatliche Pressamt teilt mit, den unablässigen Bemühungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei ist es gelungen, nahezu restlose Aufklärung über jene Reihe von Verbrechen zu schaffen, die seit fast einem Jahre die Bevölkerung unseres Freistaates beunruhigt. Die Ueberfälle von Braunlage und Vorwohle, der Ueberfall am Hagenring auf der Bodestraße in Braunschweig, endlich die vier bekannten Dynamitattentate, hängen untereinander zusammen. Sie sind das Werk einer Verbrecherbande, deren Mitglieder fast ausnahmslos haben ermittelt und verhaftet werden können.

Die ersten Feststellungen und Verhaftungen gelangen nach dem Postraub auf dem Hagenring der im Dezember 1920 stattfand. Es wurden in Hannover-Münden verhaftet: der Gärtner Franz Junge aus Bernburg, der Dreher Ludwig Rusch aus Berlin, der Fleischer Albin Kaiser aus dem sächsischen Vogtland. In Braunschweig wurden ungefähr gleichzeitig verhaftet: der Seemann O. Meyer aus Hannover-Münden, der Schlosser W. Huchthausen aus Braunschweig. Letzterer ist es gewesen, der den Raub zu Rad in Sicherheit brachte. Die Täter sind größtenteils geständig. Ein weiterer Beteiligter wird zurzeit noch steckbrieflich verfolgt. Junge und Rusch waren auch bei dem Postraub in Vorwohle im November 1920 beteiligt. Als Mittäter kommen in Betracht, der gleichfalls verhaftete Kraftwagenführer Brauns aus Diesdorf, sowie zwei weitere Personen, deren Ermittlung noch im Gange ist. An dem Ueberfall von Braunlage am 2. März 1920 nahmen 25 Männer teil.

Bei dem Ueberfall auf der Bodestraße am 5. Juni 1920 wurde bekanntlich ein Täter gefaßt. Es war der Stoffdrucker Georg Ernemann aus Berlin. Er war geständig und beging im Gefängnis Selbstmord. Durch seine Angaben kam man auf die Spur der übrigen Täter, unter denen sich der Mechaniker Lange aus Thorn und der Tischler Gertmann aus Braunschweig befinden. Durch Geständnis einer der Beteiligten gelangte die Staatsanwaltschaft nun auch auf eine Spur, welche zur Aufdeckung der Dynamitattentate führte. Die Namen der sämtlich aktiv Beteiligten sind der Staatsanwaltschaft bereits bekannt. Die Betreffenden befinden sich bis auf einen, der sich noch verborgen hält, seit gestern in Haft. Ferner wurden zwei Personen verhaftet, die an der Herbeischaffung des Dynamits beteiligt gewesen sein sollen, darunter Frau Lina Fabbauer. Der Sohn des Schneiders August Merges, Alred Merges ist an den Dynamitattentaten selbst beteiligt gewesen. Die Täter sind teils geständig, teils werden die Beweisstücke zu ihrer Ueberführung ausreichen.

? **Helbra,** 6. Sept. (Erpressungsversuch.) Zwei hiesige Geschäftsleute erhielten Tage durch die Post Briefe zugestellt, in welchen sie aufgefordert wurden, zu bestimmter Stunde 50000 resp. 500 Mark am alten Friedhof niederzulegen. Die Briefe waren unterzeichnet „Geheimbund der Armenpflege". Nachdem die Polizei von diesem Unternehmen in Kenntnis gesetzt worden war, legte gestern der eine der beiden Geschäftsinhaber zur festgesetzten Stunde ein Kuvert, das aber anstatt der verlangten Summe Papiergelder nur Papierschnitzel enthielt, am bezeichneten Platze nieder. Die Gegend wurde beobachtet, und wirklich erschien gegen Mittag der Täter, um das „Geld" abzuholen. Die Polizei nahm den Erpresser, der sich als der Bergmann O. von hier entpuppte, fest, ließ ihn aber, da er hier ansässig ist und Fluchtverdacht nicht vorzuliegen schien, wieder laufen. O. ist inzwischen geflüchtet.

Stuhlfurt, 7. Septbr. Zweimal silberne Hochzeit. Der Berginvalide Friedrich Koch begeht am 8. September zum zweiten Male die silberne Hochzeit. Seine erste Frau verstarb nach 26jähriger Ehe. Mit der zweiten Frau feiert er nun nochmals das silberne Ehejubiläum. Der Jubilar steht im 82., die Jubilarin im 73. Lebensjahr.

Dessau, 8. Sept. Die Gemeinderatswahlen in Anhalt sollen, Mitte November stattfinden. Für den Fall, daß die neue anhaltische Stadt- und Dorfordnung bis dahin noch nicht vom Landtag verabschiedet ist, wird mit der Herausgabe eines Notgesetzes gerechnet, das die Grundlagen für die Wahlen schafft.

Wolfen, 7. Septbr. Ein Kinderheim hat die Aktiengesellschaft für Anilinverwertung in ihrer Erholungsanstalt in Tambach im Thüringer Wald kürzlich eröffnet. Das Heim soll in jedem Jahre 300—400 kranke und erholungsbedürftige Kinder der Werksangehörigen aufnehmen. In dem Heim wird für die Schulkinder durch Tambacher Lehrer Unterricht erteilt.

Aschersleben, 8. Sept. Der Ueberfall auf die Endorfer Windmühle. Wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an dem Ueberfall auf die Windmühle in Endorf, wurde der Arbeiter Z., der längere Zeit von hier fortgewesen ist, festgenommen und ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Naumburg, 7. Sept. Verhaftung eines lästigen Ausländers. Die Polizei verhaftete den rumänischen Dichter Gusto Gräser, weil er es unterlassen hat, sich anzumelden, und dadurch verdächtigt wurde, als Ausländer Unruhen anzustiften. Gräser lebt hier vorübergehend in dem Hause der Muck-Lambertschen Wertschar (Handwerkergemeinschaft der Neuen Schar) und war durch sein langwallendes Haar und seine malerische Gewandung allgemein aufgefallen.

Weimar, 7. Sept. (Auffindung von Hodergräbern). Bei den Erdarbeiten auf der Sportplatzanlage am Schwansee wurden vier Hodergräber bloßgelegt. Im ersten Grab wurden zwei Schädel im zweiten Grab drei Schädel und im dritten Grab ein Schädel gefunden. An der Freilegung des vierten Grabes wird noch gearbeitet. Außer den Knochenresten fand man Topfscherben. Die Gräber sollen schätzungsweise aus der Zeit 2300 Jahre vor Christi stammen.

Memleben, 7. Sept. Nächtlicher Raubüberfall. In der Behausung des gerade abwesenden Handelsmannes Schulze drangen nachts Diebe ein und leuchteten unter das Bett, wo sich das gesamte Bareld in Höhe von ca. 12 000 Mark befand. Darauf verschwanden sie mit der Beute während die im Bette liegende Frau des Handelsmannes das alles ruhig mit ansehen mußte.

Göttingen, 7. Sept. Die Friseurgeschäfte bleiben an Sonn- und Feiertagen geschlossen. Der seit langem von der Gehilfenschaft im Friseurgewerbe geführte Kampf um die vollständige Sonntagsruhe ist jetzt zu ihren Gunsten entschieden worden. Der Regierungspräsident hat völlige Sonntagsruhe angeordnet.

Vermischtes.

Gattenmord aus Eifersucht.

Mit einem trübseligen Ehedrama hatte sich seinerzeit das Schwurgericht Görlitz zu beschäftigen. Es verurteilte die Maschinenputzerwitwe Pauline Sowinski, geb. Schulz, aus Rauschwalde wegen Ermordung ihres Ehemannes Franz Sowinski zum Tode. Die im Jahre 1913 geschlossene und mit Kindern nicht gesegnete Ehe der Angeklagten und ihres Gatten war in den ersten Jahren eine glückliche. Später, aber begann der Mann ein Leben, das geeignet war, das Mißtrauen der Frau zu erregen. Er ging häufig abends aus und kam meist erst gegen Morgen, manchmal auch erst nach Tagesanbruch nach Hause. Was er auswärts trieb, sagte er seiner Frau nicht, nur machte er gelegentlich Andeutungen, daß er sich mit Glücksspiel beschäftige. Die Frau vermutete, daß er mit anderen weiblichen Personen Verkehr habe, und es kam oft zu Streitigkeiten zwischen den Eheleuten. Schließlich sagte der Mann eines Tages, er habe eine andere und erwarte illegitime Vaterfreuden. Diese Mitteilung ließ in der Angeklagten den Entschluß reifen, ihren Mann ums Leben zu bringen. Als er am Abend des 10. April ausgehen wollte, verlangte sie, ihn begleiten zu dürfen. Nach anfänglicher Weigerung erklärte er sich bereit, sie mitzunehmen, und ging mit ihr in ein Tanzlokal. Nach einiger Zeit jedoch ließ er sie sitzen und verschwand. Die Frau ging nun nach Hause, holte aus dem Keller die Axt, nahm sie mit ins Schlafzimmer und legte sich zu Bett. Als am anderen Morgen gegen 3 Uhr ihr Mann nach Hause gekommen und eingeschlafen war, erhob sich die Angeklagte und führte mit der Axt mehrere kräftige Hiebe nach dem Kopfe des Mannes. Sowinski fiel aus dem Bette und schrie laut. Die Mörderin schnürte ihm dann den Hals zu, bis er zu schreien aufhörte. Dann gab sie ihm noch eine Anzahl Schläge mit der Axt, auf den Kopf, bis er tot war. Am Abend des 11. April versuchte sich die Angeklagte mit Gas zu vergiften, wurde jedoch daran gehindert. Die Feststellung des strafbaren Tatbestandes ist erfolgt auf Grund des Geständnisses der Angeklagten und der Zeugenaussage ihrer Schwägerin, Frau S., welche mitgeteilt hat, was ein im Hause anwesend gewesenes Kind ihr über die Mordtat erzählt hatte. Gegen das Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet.

Zwei weitere Wettkonzerne verkracht.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Dresden sind zwei weitere große Wettkonzern-Unternehmungen in Schwierigkeiten geraten. Die Dresdner Volksbank war heute früh nicht in der Lage, mehrere Millionen auszuzahlen die fällig waren. Der Besitzer ist flüchtig. Die Kapitalverwertungsgesellschaft bei der über 30 Millionen eingezahlt worden sein sollen, konnte heute früh 15 fällige Millionen nicht auszahlen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden die Geschäftsräume geschlossen. Beide Konzerne hatten angekündigt, die 100 prozentige Verzinsung der Einzahlungen würden nicht durch Renndbeteiligungen, sondern durch reelle kaufmännische Unternehmungen erzielt.

Ein geheimnisvoller Goldtransport. In dem nach Paris fahrenden Orientzug entdeckten Kontrollbeamte, wie aus Belgrad gemeldet wird, auf dem Semlinger Bahnhof im Schlafwagen eine Kiste mit 54 Kilogramm Gold. Im selben Zuge wurde in Agram eine weitere Kiste mit Gold, beide nach Frankreich bestimmt, entdeckt. Die in die Angelegenheit verwickelten Personen sind verhaftet.

Ehetragödie. Aus Wanne wird uns berichtet: In der Gemeinde Röhlinghausen ermürgte der Bergmann Linnemann seine Frau und verletzte sich selbst schwer. Der Bergmann Karda, der mit Frau Linnemann ein Liebesverhältnis gehabt hat, schoß sich eine Kugel in den Kopf. Die beiden Männer wurden lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210909018/fragment/page=0003

Undankbare Begnadigte. Der Pariser Chroniqueur Clemens Bautel erzählt bei Gelegenheit der Raubüberfälle in französischen Zügen, daß er vor einigen Wochen eine prophetische Skizze geschrieben habe. Er schilderte, wie ein menschenfreundlicher Abgeordneter von einem Apachen angegriffen wird. „Bedenken Sie," sagte der Abgeordnete, „daß Sie einen Vertrauensmann des Volkes antasten!" „Da pfeif' ich drauf," sagte der Apache. „Ich habe für die Begnadigung Ihrer Kollegen gestimmt." „Das war dämlich. Dadurch bin ich frei geworden." Darauf überwältigte der undankbare Apache das unglückliche Mitglied des Parlaments und nahm ihm alle Wertgegenstände ab. Der Abgeordnete schwor, nie wieder für die Begnadigung der Verbrecher zu stimmen. Nun will es der Zufall, daß alle drei Zugplünderer begnadigte Banditen waren, und eines ihrer Opfer war der Abgeordnete Morucci, der eifrig für die Begnadigung der Verbrecher gewirkt hatte. Abgeordnete, die für Brüderlichkeit und Tolstoianismus schwärmen, haben viele Schurken befreit, die, durch dieses Zeichen von Sympathie aufgemuntert, weiter Fenster in Juwelierläden einschlagen und die Taschen von Schnellzugreisenden untersuchen. Der einzige Ueberlebende des maskierten Trios, das kürzlich einen Schnellzug überfiel, wird es wohl gut haben, meint Bautel. Erst wurde er sorgfältig in einem Krankenhaus gepflegt, unter dem Vorwand, daß er schwach auf der Brust sei, dann wird sein Geisteszustand in einer anderen barmherzigen Anstalt untersucht, und dann wird er von dem unwiderstehlichen Anwalt Moro Biasseri verteidigt. Schließlich wird er begnadigt. Diese Reihenfolge scheint in allen zivilisierten Ländern üblich zu sein, und daher wird das Verbrechen immer blühen und am Leben erhalten bleiben.

Sowjet in Irland. Wie Dubliner Blätter berichten, befinden sich die großen Mühlen- und Bäckereianlagen der Firma Cleeve in dem in der Grafschaft Limerick gelegenen Bruree vollständig in den Händen des irischen Transportarbeiterverbandes. Ueber dem Hauptor der Mühle prangt in riesengroßen Buchstaben die Inschrift „Bruree-Sowjet-Arbeitermühlen. Wir machen Brot, aber keinen Profit." Darunter liest man: „Die Bruree-Mühlen und Bäckereien sind jetzt Eigentum der Arbeiter. Die Mühlen und die Verkaufsläden sind für den Verkauf von Brot, Mehl und Kleie geöffnet. Wir hoffen, durch Ausschaltung jeden kaufmännischen Gewinnes die Preise herabsetzen zu können. Auf Befehl der Arbeiter!" Als die Arbeiter von dem Unternehmen Besitz ergriffen, wurde sofort die rote Fahne auf dem Gebäude gehißt. Gegenwärtig weht daneben auch die Flagge der irischen Republik. Die Zwistigkeiten, die zwischen den Arbeitern und dem Besitzer im November des vorigen Jahres wegen der Entlassung eines Arbeiters ausbrachen, haben mit der Erklärung des Sowjet-Regiments ihr Ende gefunden. Die Führer und Leiter des Unternehmens versichern, daß seit der Zeit der Uebernahme der Arbeiter die Produktion der Fabriken verdoppelt worden sei.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Lebensmittelteuerung in Oberschlesien.

DA. Beuthen, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.)

Die Preisprüfungsstelle für den oberschlesischen Industriebezirk trat hier zu einer Sitzung zusammen, um über die gewaltige Teuerung in allen Lebens- und Bedarfsartikeln in Oberschlesien zu verhandeln. Man kam darin überein, daß namentlich die Preise für Fleischwaren und markenfreie Backwaren eine ungerechtfertigte Höhe aufweisen, obwohl die Preise für Schlachtvieh und die Mehlpreise eine Ermäßigung erfahren haben. Zur Nachprüfung der Preise wird eine besondere Kommission gebildet werden, die dem Wucher und unlauteren Zwischenhandel entgegen treten soll.

Kämpfe an der österreichisch-ungarischen Grenze.

Das Korrespondenzbüro meldet: Der Gendarmerieposten in Agendorf wurde heute von übermächtigen Banden, die auch Kavallerie bei sich hatten, angegriffen. Er mußte sich nach Mattersdorf zurückziehen. Nach Mitteilung der interalliierten Generalkommission in Oedenburg, die sofort am Vormittag von der österreichischen Regierung auf diese neuen Vorfälle aufmerksam gemacht und gebeten wurde, Teile des Bundesheeres verwenden zu dürfen, machte sich das Detachement Ostenburg auf die Nachricht von den Bandenüberfällen mit seiner Kavallerie daran, die Banden anzugreifen und zu zerstreuen, wobei 100 Mitglieder zu Gefangenen gemacht wurden. Die von der interalliierten Generalkommission und von Ostenburg gegebene Darstellung steht mit den Aussagen der an den Gefechten beteiligten Gendarmen in Widerspruch, die erklären, daß reguläre Kavallerie vor den Banden einherritt. Die österreichische Regierung hat von diesen Vorfällen neuerlich sofort die in Wien akkreditierten Vertreter der drei Hauptmächte verständigt. Auf Wunsch der interalliierten Generalkommission hält das Detachement Ostenburg Argendorf solange besetzt, bis österreichische Gendarmerie dort wieder einmarschieren kann.

Schwere Kämpfe bei Melilla.

DA. Madrid, 9. Sept. (Eig. Drahtnachricht.)

In der letzten Nacht eingetroffene Berichte aus Marokko stellen fest, daß seit 48 Stunden die Marokkaner ihren Druck auf die vorgeschobenen Stellungen bei Melilla verstärken. Längs der ganzen Front sind sehr harte Kämpfe im Gange. Die Verproviantierung der Truppen kann sich nur unter größten Schwierigkeiten vollziehen. Die Schiffsartillerie des Kreuzers „Alfons XII." unterstützt die Batterien Melillas. Zwei Kilometer vor Melilla griffen die Mauren die vorgeschobene Stellung von Mezquita mit Dynamit und Handgranaten an. Die Stellung mußte von den Spaniern geräumt werden, wurde jedoch dann durch Fremdenlegionäre wiedergenommen. Nach Mitteilungen aus dem spanischen Kriegsministerium sind für die Gegenoffensive der Spanier 3 Heeresgruppen aufgestellt worden, die unter dem Kommando der Generäle San Jurjo, Cabanellas und Berenguer, dem Bruder des Oberkommissars, stehen. Insgesamt sind in und um Melilla 50 000 Mann und 200 Geschütze konzentriert.

Der Vizekönig von Indien über die Lage.

DA. London, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.)

Der Vizekönig von Indien, Lord Reading, hielt in einer gemeinsamen Sitzung des Staatsrats und der gesetzgebenden Versammlung von Indien in Simla eine Rede, in der er die gegenwärtige Lage in Indien zur Besprechung brachte. Er stellte fest, daß die britische Regierung die Lage im Aufruhrgebiet nunmehr wieder völlig beherrsche und zwar dank der prompten und wirksamen Aktion der Land- und Marinetruppen. Doch seien die Folgen des Aufstandes verhängnisvolle. Er habe zahlreiche Opfer an Leben und Eigentum gekostet, einige Europäer und viele Hindus seien dahingemordet worden, Eisenbahnverbindungen zerstört, Regierungsgebäude verbrannt und geplündert, die Ernte vernichtet worden. Man habe von einem zeitweiligen Zusammenbruch der Zivilregierung reden müssen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Während in der Berichtswoche unter dem Eindruck der Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung unserer finanziellen Verpflichtungen entgegenstellen, der Ausgleich zwischen dem schwindenden Wert der Papiermark und den Sachgütern sich an den großen Börsen mit einer bisher nicht gekannten Heftigkeit vollzog, wurde der hiesige Markt nur insoweit mit in den allgemeinen Strudel gezogen, als es den Handel in unnotierten Werten betraf, welcher an allen Börsenplätzen einen ungewöhnlichen Umfang angenommen hat. Es vollzog sich auf diesem Gebiete ein geräuschvolles Geschäft in einer großen Anzahl der seit langem hier im Verkehr befindlichen Werte, zu denen sich fast täglich neue in den Handel gebrachte Werte gesellten und die Kurssteigerungen erreichten in vielen Fällen die Ausmaße der großen Börsen. Der Kurenmarkt bewahrte diesen Bewegungen gegenüber eine bemerkenswerte Besonnenheit. Zwar machte die Aufwärtsbewegung bei lebhaftem Geschäft weitere Fortschritte, jedoch hüteten sich die Käufer im wesentlichen auf sachliche Gesichtspunkte, sodaß in keinem Falle der Eindruck spekulativer Ausschreitungen entstehen konnte. Am Kohlenbergwerksmarkte erstreckte sich die Kauflust besonders auf schwere Werte, von denen infolge des knappen verfügbaren Materials bei mäßigen Umsätzen Graf Bismarck um etwa 35 000, Ewald, Constantin der Große und König Ludwig um etwa 20000 emporschnellten. Dagegen wiesen Graf Schwerin und Fröhliche Morgensonne nur eine leichte Besserung auf. Von Mittelwerten hatten Langenbrahm die Führung mit einer Steigerung von etwa 2000 Mark. Große Umsätze entwickelten sich in Johann Deimelsberg, die vorübergehend etwa 3000 Mark höher bezahlt wurden, jedoch den größten Teil der Steigerung wieder hergaben. Zu anziehenden Preisen waren ferner Carolus Magnus, Gottessegen, Glückauf-Segen, Blankenburg, Alte Haase und Trappe im Verkehr. Stärkere Kauflust trat für Lothring. Bergbau-Aktien im Zusammenhang mit Gerüchten über bevorstehende Transaktionen hervor die etwa 70 Prozent gewannen. Adler Bergbau vermochten sich von ihrem Rückgang um etwa 10 Prozent zu erholen. Von linksrheinischen Werten wurden Diergardt und Wilhelmine Mevissen zu höheren Preisen begehrt, während Moers angeboten blieben. Am Braunkohlenmarkte zeigte sich Nachfrage für mitteldeutsche Unternehmungen, die um etwa 3—4000 Mark gesteigert wurden. Zukunft-Aktien gewannen bei zeitweilig ausstehendem Angebot etwa 80 Prozent. Von sonstigen Werten wurden Mansfelder Kuxe in größeren Posten aus dem Verkehr genommen, die etwa 500 Mark gewannen.

Am Kalimarkte hielt die Kaufbewegung unter Bevorzugung der mittleren Werte an. Von schweren Werten war die Wintershall-Gruppe begehrt, von denen Alexanderhall, Kaiseroda, Sachsen Weimar etwa 3000 Mark höher wurden. Beträchtliche Käufe wurden in Burbach vorgenommen die etwa 6000 Mark anzogen. Dagegen blieben Wintershall selbst, Neustaßfurt und Glückauf Sondershausen bei vielfachen Umsätzen ohne nennenswerte Veränderungen. Von Mittelwerten standen Berzmannssegen mit einer Steigerung von etwa 6000 Mark im Vordergrund des Interesses. Bei bedeutenden Umsätzen stellten sich ferner Hugo, Volkenroda, Siegfried Giesen, Kölsing-Barnten, Waldeck, Hansa Silberberg, Günthershall, Neuiellsiedl und andere etwa 1—3000 Mk. höher. Von liefernden Werten erfreuten sich Hedwigsburg, Erichssegen, Rothenselde, Oberhof und Heldrungen mehrfacher Beachtung. Von elsäßischen Werten war das Interesse für Reichsland, Max, Marie zeitweilig reger.

Der Kaliaktienmarkt wurde nach anfänglicher Abschwächung gleichfalls wieder fester. In größeren Posten wurden Nonnenberg, Krügershall, Hallesche, Heldburg und Deutsche Kali aus dem Markte genommen. Die Kurssteigerungen betrugen etwa 10—25 Prozent.

Am Markte der Freiverkehrswerte, auf den wir bereits eingangs des Berichts hingewiesen haben, erzielten Stahlwerk Becker, Flender Brückenbau, Kabelwerk Rheydt, Rhein. Auto, Rhein. Westf. Schachtbau, Dortmunder Bullan, Steigerungen von etwa 100 Prozent und mehr. Bei vielen anderen, wie chem. Rhenania Deutsche Lastauto, Hansa Lloyd, Ludwig Ganz und Benz hielt sich die Aufwärtsentwicklung im Ausmaß von etwa 50 Proz.

Aus dem Klöckner-Konzern.

Der Klöckner-Konzern legt seine Abschlüsse für das Geschäftsjahr 1920/21 vor. Nach Verrechnung mit den Interessengemeinschaftswerken auf Grund der Verträge ergibt sich bei dem Lothringer Hütten- und Bergwerksverein einschließlich Vortrag ein Gesamtüberschuß von 18.89 Mill. Mark. Nach Abzug der Anleihezinsen von 1.4 (i. V. 1.8) Mill. Mark verbleibt ein Reingewinn von 17.48 (8.06) Mill. Mark. Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, hieraus 16 (i. V. 12) Proz. Dividende auf das volleingezahlte Aktienkapital von 72 Mill. Mark und 8 Proz. auf das zur Hälfte eingezahlte Aktienkapital von 56 Mill. Mk. zu verteilen, so daß unter Berücksichtigung der satzungsgemäßigen Tantieme des Aufsichtsrates 697 900 Mark als Vortrag bleiben. In der Bilanz von 1920 ist ein Verlustvortrag von 1.24 Mill. Mark ausgewiesen. Das Ergebnis der anderen Werke stellt sich wie folgt:

Hasper Eisen- und Stahlwerk: Abschreibungen wieder 5 Mill. Mk., Werkerhaltungskonto 5 (0) Mill. Mk. Reingewinn 9.03 (5.87) Mill. Mark. Hieraus soll eine Dividende auf die alten Aktien von wieder 20 Proz. und auf die jungen von 10 Proz. zur Verteilung vorgeschlagen werden, während als Vortrag 594 200 (978 692) Mark vorgesehen sind.

Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein: Abschreibungen 5.91 (5.8) Mill. Mk., Werkerhaltungskonto 6 (0.5) Mill. Mk., Reingewinn 7.37 (2.29) Mill. Mark, woraus eine Dividende von 14 (i. V. 8) Prozent auf die alten Aktien und von 7 Proz. auf die jungen ausgeschüttet werden soll. Vorgetragen werden 258 100 (231 648) Mark.

Faconeisenwalzwerk L. Mannstädt u. Cie.: Abschreibungen 2.98 (2.56) Mill. Mark, Werkerhaltungskonto 4 (0) Mill. Mark, Reingewinn 2.65 (1.23) Mill. Mark. Hieraus kommt eine Dividende von 12 (i. V. 9) Proz. auf die alten Aktien und von 6 Proz. auf die jungen Aktien in Vorschlag, wogegen ein Vortrag von 64 700 (64 754) Mark vorgesehen ist.

Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie: Abschreibungen 540 000 (729 045) Mark, Reingewinn 1.35 (0.44) Mill. Mark woraus eine Dividende von 10½ (i. V. 8½) Proz. auf die alten Aktien und von 5¼ Proz. auf die jungen Aktien zur Verteilung kommen soll.

Königshorn-Akt.-Ges. für Bergbau: Die Gesellschaft wird diesmal einen Abschluß für ein halbes Jahr vorlegen.

Leipzig, 8. Sept. Der Börsenvorstand beschloß, die Effektenbörse am morgigen Freitag nicht ausfallen zu lassen.

Die Lage auf dem Schrottmarkt. Bekanntlich sind in den letzten Wochen die Schrottpreise erheblich in die Höhe gegangen. Das sprunghafte Anziehen der Preise wird vor allem Dingen darauf zurückgeführt, daß die Händler sich eindecken müssen, um früher getätigte Abschlüsse ausführen zu können. In unterrichteten Kreisen wird ein weiteres Anziehen der Preise für unwahrscheinlich gehalten, da in der letzten Zeit größere Posten Schrott aus dem Auslande eingeführt worden sind.

Lieferung von Düngemitteln in Säcken. Einem wiederholt geäußerten Wunsche der Landwirtschaft entsprechend, hat die Stickstoff-Industrie sich grundsätzlich bereit erklärt, in Zukunft bei der Lieferung gesackter Ware Entgegenkommen zu zeigen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht eine Verordnung, in der bei Lieferung von Stickstoffdüngemitteln in neuen 100-Kilogramm-Jutesäcken ein Aufschlag von 12 Mk. und für die neuen 75-Kilogramm-Jutesäcke ein Aufschlag von 10 Mk. einschließlich Füllgebühr berechnet werden darf. Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend ist nunmehr auch die Lieferung von Kalkstickstoff in Jutesäcken durch Verordnung geregelt worden. Falls der Käufer nicht ausdrücklich die Lieferung des Kalkstickstoffs in Papiersäcken vorschreibt, steht es dem Verkäufer frei, Kalkstickstoff in neuen Jutesäcken zu liefern. Hierbei darf für den neuen 75-Kilogramm-Jutesack ein Aufschlag von 5 Mk. berechnet werden. Die geringen Sackungskosten des Kalkstickstoffs gegenüber den anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln erklären sich daraus, daß der Höchstpreis des Kalkstickstoffs auf Grund des § 4 Absatz 1 der Verordnung vom 3. August 1918 die Kosten für Verpackung enthält. Um vielfach geäußerten Zweifeln zu begegnen, steht die genannte Verordnung nunmehr auch vor, daß Papiergewebesäcke und haltbare mehrfache Papiersäcke verschieden zu berechnen sind. Soweit die der Verordnung vom 3. August 1918 beiliegende Liste nichts anderes ergibt, dürfen nunmehr bei Lieferung in Säcken folgende Aufschläge für je 100 Kilogramm berechnet werden: bei Lieferung in Jute- oder Baumwollsäcken ein Aufschlag von 12 Mk., bei Lieferung in neuen Papiergewebesäcken ein Aufschlag von 9 Mk., bei Lieferung in haltbaren mehrfachen Papiersäcken ein Aufschlag von 4 Mk.

Mansfeldscher Metallhandel, Aktien-Gesellschaft in Berlin. Vor einem halben Jahre erfolgte, wie erinnerlich, die Gründung dieser Firma zwecks Uebernahme des Vertriebes der Rohmetalle und der metallhaltigen Nebenprodukte der Mansfeldschen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft in Eisleben sowie der Metallfabrikate der Mansfeldschen Kupfer- und Messingwerke Hettstedt, Rothenburg a. Saale und Eberswalde. Wie die Berliner Verwaltung mitteilt, sind die an die Gründung geknüpften Erwartungen erfüllt worden. Der Geschäftsgang ist ein lebhafter, im Inlandsverkauf wie auch im Export. Einen interessanten Ueberblick über die vielseitige Produktion der Mansfeldschen Betriebe gewährte die Ausstellung der Mansfeldschen Metallhandel-Aktiengesellschaft auf der diesjährigen Leipziger Messe. Die auf der Messe besonders in Fabrikaten erzielten Verkäufe, an denen auch das Ausland stark beteiligt ist, haben alle Erwartungen übertroffen. Wir hören ferner, daß die Firma am 1. Oktober d. J. in Berlin ein größeres Lager in Kupfer-, Messing- und Aluminiumfabrikaten eröffnet.

Pfälzische Pulverfabrik St. Inubert. Die Dividende wird mit 15 Prozent (i. V. 20 Proz.) in Vorschlag gebracht.

Wagengestellung. Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (S.) (einschließlich der ansch Privatbahnen) wurden am 7. Sept. für Kohlen, Kois, Brikette und Naßpreßsteine gestellt 5670 Wagen zu 10 To, nicht gestellt 1430 Wagen zu 10 To.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Schließung der Roechlingschen Eisenstahlwerke in Völkingen. Die Roechlingschen Eisenstahlwerke in Völkingen beantworteten das Nichterscheinen von ⅔ der gesamten Belegschaft mit der Schließung der Werke. Das Neunkirchner Eisenwerk kündigt für Oktober die Entlassung von 500 Hüttenarbeitern an.

Farbwerke Franz Rasquin A.-G., Köln-Mülheim. Der auf den 24. September einberufenenen ordentlichen Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 4% Prozent (wie im Vorjahre) vorgeschlagen werden.

Produktenbericht.

Berlin, 8. September. (Telegramm.) Am Produktenmarkt zeigte sich für Weizen von den verschiedensten Seiten für nahe und besonders für spätere Lieferung bei hohen Preisen Kauflust. Anscheinend stand dies mit der fortgesetzten Devisenhausse und der erneuten Steigerung der amerikanischen Weizenpreise in usammenhang. Auch Hafer blieb besonders für spätere Lieferung bei allerdings mäßigen Umsätzen fest. Dagegen war Roggen vollkommen vernachlässigt. Von Gerste wurde Ware von besonders guter Beschaffenheit mehr beachtet. Auch die Maispreise stellten sich aus den vorerwähnten Gründen durchweg höher. Delsaaten lagen fest. Speiseerbsen waren matt. Futterhülsenfrüchte hatten geringes Angebot. Für Oelkuchen, Trockenschnitzel und Melassefutter aller Art befand dauernd gute Nachfrage.

Amtliche Produktenpreise.

Berlin, 8. Sept. (Telegramm.) Weizen märk. 404 bis 412, mecklenburgischer 404—408 fest. Roggen märk. 336 bis 334, pommerischer 314—316 befestigt. Sommergerste 445—470 fest. Wintergerste 376—388. Hafer märk. 346 bis 350 fest. Mais La Plata prompt ab Hamburg 306, Oktober-Januar 304—306. Mais Oktober-Januar 294 bis 296. Weizenmehl 590—660 still. Rogenmehl 405—450 still. Weizenkleie 240—250 fest. Roggenkleie 250—260 fest. Rapskuchen 580—595 fest. Rübsen 5 M. unter Rapspreis. Viktoriaerbsen 560—600. Kleine Speiseerbsen 410—460. Futtererbsen 340—360. Peluschken 340—360. Wicken 325—380. Lupinen blau 170—190. Lupinen gelb 190—220. Seradella 230—300. Rapskuchen 245—270. Leinkuchen 390 bis 395. Trockenschnitzel prompt 240—260. Oktober-Dezember 230—235.

Rauhfuttermarkt.

Berlin, 8. September. (Telegramm.) Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 18—19. Haferstroh dito 22—24. Stroh seilgebündelt 16—17. Langstroh dito 18—19. Wiesenheu gut, gesund und trocken 64—70. Wiesenheu gesund und trocken 50—56. Kleeheu 81—90. Alles ab Stationen.

Metallnotierungen.

Berlin, 8. Sept. (Telegramm.) Raffinade-Kupfer 98 bis 99proz. 2450—2475; Orig.-Hüttenweichblei 890—900; Orig.-Hüttenrohzink im freien Verkehr 890—900, ab Dtsch Hütte Preis b. Z. H. V. 885; Remelted Plattenzink 700—710; Orig.-Hütten-Aluminium 98—99proz. (in gewalzten Blöcken 3600; Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 3750; Zinn (Banca, Straits, Australi) 5800—5900 Hüttenzinn mindestens 99proz. 5650—5700; Reinnickel 98 bis 99proz. 5200—5300; Antimon 900—925; Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1760—1780; Elektrolytkupfer (per 100 Kg.) 2656.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes und Gerichtl: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil K. Krinke. Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210909018/fragment/page=0004